

Antrag Nr. 1

Antragsteller: KV Treptow-Köpenick

Antrag:

1 **Keine Indexbindung für den Rundfunkbeitrag**

2

3 Die JU Berlin setzt sich bei den zuständigen Stellen und bei der Berliner CDU dafür ein, dass das derzeitige
4 Verfahren zur Festlegung des deutschlandweiten Rundfunkbeitrages beibehalten wird und die Höhe nicht,
5 wie derzeit durch mehrere Intendanten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gefordert, eine
6 Indexbindung an die Inflation erhält.

1

Antrag Nr. 2

Antragssteller: KV Treptow-Köpenick

Antrag:

1 **Leuchtende Fuß- und Radwege für Berlin**

2

3 Die Junge Union Berlin setzt sich dafür ein, dass Fuß- und Radwege durch Parkanlagen und Wälder, für die
4 es nicht zulässig ist eine Wegbeleuchtung durch Laternen zu realisieren, mit fluoreszierenden
5 Bodenbelägen ausgestattet werden.

Antrag Nr. 3

Antragssteller: KV Tempelhof-Schöneberg

Antrag:

1 **„Gendergerechte“ Verhuzung unserer Sprache stoppen**

2

3 Wir lehnen die Verhuzung unserer schönen deutschen Sprache durch die sogenannte „gendergerechte
4 Sprache“ ab. Dies gilt insbesondere für von den Regeln deutscher Grammatik nicht vorgesehene
5 Konstruktionen wie das „Binnen-I“, das „Gender- Sternchen“ und den Unterstrich. Wir geben uns das
6 Ziel, auch zukünftig in Veröffentlichungen der Jungen Union und auf diese Formulierungen zu verzichten.
7 Wir werden uns in der JU auf Bundesebene und in der Mutterpartei CDU ebenfalls für dieses Ziel
8 starkmachen.

Antrag Nr. 4

Antragssteller: Kommission für Bildung der JU Berlin

Antrag:

- 1 **Für die digitale Schule genauso unerlässlich wie der Hausmeister - der Schultechniker!**
- 2
- 3 Die Junge Union Berlin fordert, dass an allen Berliner Schulen eine Stelle für einen Schultechniker
- 4 geschaffen wird, um die Funktionsfähigkeit der digitalen Infrastruktur an der Schule zu gewährleisten.

Antrag Nr. 5

Antragssteller: Kommission für Bildung der JU Berlin

Antrag:

1 **Baustelle Breitband: „Letzte Meile“ überwinden - Telekom in die Pflicht nehmen!**

2

3 Die Junge Union Berlin fordert den Senat dazu auf, die Digitalisierung an Schulen zu beschleunigen. Dazu
4 ist insbesondere die Überwindung der „Letzten Meile“ vonnöten. Die so genannte „letzte Meile“ ist die
5 Leitung von der Ortsvermittlungsstelle des Netzbetreibers (grauer Kasten auf der Straße) zum Anschluss
6 des Nutzers. Gerade an Schulen führt die langsame letzte Meile dazu, dass die Internetgeschwindigkeit
7 einen modernen digitalisierten Unterricht nicht ermöglicht. Da die Telekom Deutschland GmbH in den
8 allermeisten Fällen Inhaber der „letzten Meile“ ist, eine Folge des ehemaligen
9 Telekommunikationsmonopols der Bundespost, fordern wir den Senat dazu auf, in intensive
10 Verhandlungen mit der Telekom einzutreten, um dieses Problem zu beheben und sich für den Austausch
11 der oftmals verbauten Kupferkabel in schnelle Glasfaserkabel einzusetzen.

12

13 Für eine digitalisierte Bildung, die unser Ziel ist, muss diese Infrastrukturbaustelle endlich angegangen
14 werden!

Antrag Nr. 6

Antragssteller: KV Mitte

Antrag:

Der Landeskonferenz der JU Berlin möge beschließen,
dass der folgende Antrag von der JU Berlin auf dem Landesparteitag der CDU Berlin am 18. Mai 2019
eingebracht wird.

Das Unrecht der SED-Diktatur darf nie in Vergessenheit geraten

1
2
3 1)

4 Die CDU-Berlin fordert, dass für das Projekt „Errichtung eines Mahnmals für die Opfer kommunistischer
5 Gewalt in Deutschland“ zügig ein Errichtungsbeschluss für einen Standort in Berlin herbeigeführt wird.

6
7 2)

8 Die existierende Gedenklandschaft, insbesondere die Gedenkstätte Hohenschönhausen, muss gestärkt
9 werden. Das institutionalisierte Gedenken darf nie zum Spielball von Parteien, Verbänden oder
10 Einzelpersonen werden, die die Auseinandersetzung mit der unliebsamen Vergangenheit nach wie vor
11 scheuen oder für entbehrlich halten und sich stattdessen bemühen, die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu
12 diskreditieren.

13
14 3)

15 Dem Fraunhofer IPK müssen die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, dass das
16 automatisierte und virtuelle Wiederauswerten handzerrissener MfS-Akten weiterentwickelt und
17 vor allem weitergeführt werden kann. Es darf nicht sein, dass die oft menschenverachtenden Aktivitäten
18 des MfS unentdeckt bleiben. Im Übrigen ist dieses Projekt hochinnovativ, stärkt den Forschungsstandort
19 Berlin nachhaltig und ist ein Leuchtturm in der Erinnerungskultur und Aufarbeitung der SED-Diktatur.

20
21 4)

22 Die Frist für Rehabilitierungsanträge von Opfern der willkürlichen SED-Herrschaft darf nicht zum
23 31.12.2019 auslaufen, sie muss dauerhaft ausgesetzt werden, oder auf mindestens 10 Jahre verlängert
24 werden. Dies ist man den Opfern schuldig, die bisher keinen Rehabilitierungsantrag gestellt haben, weil
25 sie mit dem Kapitel Staatssicherheit abgeschlossen haben, oder mit den Erlebnissen Ihrer Haft nicht wieder
26 konfrontiert werden möchten. Dies ist man allen Opfern schuldig. Den Opfern sollten wir weiterhin die
27 Chance auf Rehabilitierung, der von der SED-Diktatur gefällten Urteile zugestehen.

Antrag Nr. 7

Antragssteller: KV Lichtenberg

Antrag:

1 **Unseren Soldatinnen und Soldaten den Rücken stärken, Verteidigung in den Fokus der öffentlichen**
2 **Debatte rücken, Identifikation mit unserem Land fördern**

3 Unsere Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr leisten einen unschätzbar wertvollen Dienst für unser
4 Land und unsere Gesellschaft. Sie setzen sich selbst großen Entbehrungen aus und kämpfen für Freiheit,
5 Frieden und Sicherheit. Dafür gebührt ihnen unser Dank und höchste Anerkennung. Die Aufgabe der
6 Gesellschaft muss es sein, dies öffentlich noch viel stärker zum Ausdruck zu bringen. Auch wir als
7 Zivilgesellschaft tragen die Verantwortung, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beizutragen und
8 ebenso wie jeder Staatsbürger in Uniform unserem Land zu dienen.

9 Deshalb setzt sich die Junge Union Berlin für Folgendes ein:

10 **1. Unsere Bundeswehr als einen Grundpfeiler unseres Landes und unserer Gesellschaft sichtbarer**
11 **machen**

12 Wir sehen uns in der Pflicht, eine breite verteidigungspolitische Debatte in der Gesellschaft anzustoßen.
13 Welche sicherheitspolitischen Interessen hat Deutschland in der Welt? Für welche braucht es zur
14 Durchsetzung auch militärische Mittel? Warum schicken wir unsere Soldatinnen und Soldaten nach
15 Afghanistan und Mali? In Zeiten von Terrorismus, Cyberangriffen und hybrider Kriegsführung muss
16 Deutschland in der Lage sein, adäquat darauf zu reagieren und sich und seine Bündnispartner verteidigen
17 zu können. Zugleich darf es bei humanitären Krisen nicht wegschauen. Der Einsatz unserer Soldatinnen
18 und Soldaten für unser Land und unsere Gesellschaft muss sichtbarer und hörbarer gemacht werden, das
19 „Warum“ intensiver vermittelt werden. Dafür muss endlich auch wieder jährlich ein öffentliches Gelöbnis
20 vor dem Reichstag stattfinden, als Ausdruck der Bundeswehr einer Parlamentsarmee in unserer
21 Demokratie und als Zeichen, dass Politik und Gesellschaft hinter ihren Streitkräften stehen.

22 **2. Schülerinnen und Schüler über den Auftrag unserer Streitkräfte aufklären, die Bundeswehr als**
23 **Ausbilder und Arbeitgeber informieren lassen**

24 Linke, Grüne und Sozialdemokraten in Berlin begegnen unseren Soldatinnen und Soldaten und der
25 Bundeswehr mit Verachtung, Ablehnung und Beschimpfungen. Sie stellen sich damit gegen das
26 Grundgesetz, gegen unsere verfassungsrechtlich konstituierten Streitkräfte, gegen unsere

27 Parlamentsarmee. Wir als Junge Union Berlin fordern auch aus diesem Grund vor allem eines: Bildung,
28 Aufklärung und Information, insbesondere auch in den Schulen. Die Bundeswehr muss mit ihren
29 Jugendoffizieren über ihren Auftrag und ihre Stellung in unserer Demokratie aufklären können. Verbote,
30 wie sie die Berliner SPD fordert, lehnen wir entschieden ab. Ohne umfangreiches Wissen über die
31 Aufgaben und das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft kann das Thema Landes- und
32 Bündnisverteidigung nicht zum Teil der breiten öffentlichen Debatte werden. Alle Ebenen von Politik und
33 Verwaltung müssen sicherstellen, dass der Bundeswehr auch bei Ausbildungsmessen in Berlin
34 Möglichkeiten gegeben werden, sich als Arbeitgeber und Ausbilder vorzustellen.

35 **3. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr einführen, den Zusammenhalt unseres Landes durch Dienst** 36 **an ihm stärken**

37 Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres. Während die Zahlen
38 bei Bundesfreiwilligendienst und freiwilligem Wehrdienst stagnieren und sinken, kann eine Pflicht bei
39 der Bundeswehr, beim Technischen Hilfswerk, in der Pflege und in Krankenhäusern, bei Polizei und
40 Feuerwehr oder in der Jugend- und Sozialarbeit dazu beitragen, zunächst einmal ein Bewusstsein dafür zu
41 schaffen, dass jeder Einzelne auch Verantwortung für die Gesellschaft trägt. Diese Dienstpflicht soll und
42 darf nicht dazu missbraucht werden, dass junge Menschen als billige Arbeitskräfte angesehen werden.
43 Sie sollen vielmehr nach ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert und gefordert werden, soziale
44 Kompetenzen erwerben und durch praktische Erfahrungen lernen und charakterlich gebildet werden.
45 Wer ein Jahr selbst in der Pflege oder als Soldat einen Dienst leistet, weiß, um welche wichtige Aufgaben
46 es sich dabei für unsere Gesellschaft handelt. Ein Jahr im Dienste unseres Landes wird einen
47 wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts leisten und künftige
48 Generationen mündiger, toleranter, demokratischer und patriotischer Bürger und Bürgerinnen
49 hervorbringen mit dem Bewusstsein für unsere Werte von Menschenwürde, Demokratie, Freiheit und
50 Rechtsstaat.

Antrag Nr. 9

Antragssteller: KV Mitte

Antrag:

1 **Aktivistenkampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ endlich eine scharfe Absage erteilen!**

2

3 Um der Wohnungsnot in unserer wachsenden Stadt zu begegnen, braucht es eine Politik, die
4 Wohnungsbau und Investitionen in Berlin fördert, anstatt Wohnungsbauunternehmen und Investoren als
5 Gegner zu betrachten. Nur durch den forcierten und breiten Neubau von gefördertem und nicht
6 gefördertem Wohnraum lassen sich Angebots- und Bestandsmieten begrenzen und die steigende
7 Nachfrage decken.

8 Statt endlich Bauvorschriften zu entbürokratisieren, mehr geeignete Bauflächen für die

9 Wohnungsbaugesellschaften auszuweisen und Baugenehmigungsprozesse durch Personalaufstockung in
10 der Verwaltung zu beschleunigen, setzen weite Teile der rot-rot-grünen Koalition auf das von linken
11 Aktivisten eingebrachte Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungsgesellschaften. Dadurch streut
12 die Koalition den Berlinern Sand in die Augen und lenkt von ihrem Versagen in der Wohnungsbaupolitik
13 ab. Stadtentwicklungssenatorin Karin Lompscher erklärte den Wohnungsbau zwar zur „Chefsache“,
14 tatsächlich ist aber die Anzahl der Baugenehmigungen seit ihrer Amtsübernahme rückläufig. Die
15 Enteignungsdebatte spaltet und beschädigt zunehmend das Vertrauen von privatwirtschaftlichen
16 Investoren in Berlin Bauprojekte umzusetzen.

17 Die SPD hat auf ihrem Berliner Landesparteitag im März 2019 eine eindeutige Positionierung zum
18 verfassungsrechtlich fragwürdigen, inhaltlich abstrusen und fiskalisch irrwitzigen Volksbegehren
19 „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ bis in den kommenden Herbst verschoben. Die Grünen
20 sympathisieren mehrheitlich mit den Aktivisten und die Linke hat sogar einen entsprechenden
21 Enteignungs-Parteitagsbeschluss gefasst.

22 In einer so wichtigen politischen Frage herrscht nun monatelang die größtmögliche Unsicherheit in der
23 Regierungskoalition. So verschreckt die Koalition jeden, der in unserer Stadt neue Wohnungen bauen will,
24 was die Wohnungsnot nur weiter verstärkt - zum Schaden für alle Mieter in Berlin!

25

26 Die Junge Union Berlin fordert von der SPD Berlin schnellstmöglich ein klares Bekenntnis zum
27 marktwirtschaftlichen Eigentumsrecht, vom Regierenden Bürgermeister eine scharfe Absage für
28 alle Enteignungsfantasien im Senat und von der Koalition einen echten und bedarfsorientierten
29 Neustart in der Wohnungsbaupolitik.